Presseinformation

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen

Hannover, 4. November 2010

GEW unterstützt Forderung des Landeselternrats nach Schulkonsens

Koalition soll IGS-Blockaden aufgeben

Oberschulmodell nicht zukunftsfähig

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stimmt der Forderung des Landeselternrats zu, dass ein Schulkonsens in Niedersachsen notwendig ist. „Eltern, Schulträger und Kollegien erwarten, dass eine auch nach den Landtagswahlen haltbare zukunftsfähige Lösung der Schulstruktur gefunden wird, die bei sinkenden Schülerzahlen auch im ländlichen Raum den gewachsenen Bildungsansprüchen Rechnung trägt“, betont der Landesvorsitzende Eberhard Brandt.

Integrierte Gesamtschulen müssten zu den gleichen Konditionen antreten dürfen wie Oberschulen, sonst sei ein Konsens ausgeschlossen. Die GEW erwarte von Ministerpräsident McAllister und Kultusminister Althusmann, dass sie sich in der Koalition durchsetzten. „Beide wissen, wie notwendig ein Schulkonsens ist. Es wäre unverständlich, wenn diese strategisch denkenden Spitzenpolitiker so schnell Widersprüchen der FDP und aus der CDU-Fraktion nachgäben. Der Ruf, eine lahme Ente zu sein, passt nicht zu ihnen“, kommentiert der GEW-Vorsitzende und appelliert an die Koalition, sich noch einmal einen Ruck zu geben.

Wenn die Regierung daran festhalte, ihr eigenes Modell nicht unter den Bedingungen fairer Konkurrenz gegenüber der IGS anzubieten, sei sie offenbar nicht von seiner Qualität überzeugt. Es sei nicht zu erklären, warum ein aus einer Klasse bestehender Gymnasialzug an einer dreizügigen KGS den gymnasialen Bildungsgang besser abbilde als eine vierzügige IGS.

Auch im ländlichen Raum beanspruchten Schulträger und Eltern eine IGS, die ohne Turbovorschrift bis zum 10. Jahrgang für alle Schüler gemeinsamen Unterricht anbiete und bis dahin alle Schulabschlüsse offen halte. Die IGS sei eine gute Voraussetzung, genügend Kinder mit einer Realschul- und einer Gymnasialempfehlung in einer wohnortnahen Schule zu binden.
Das Gymnasium sei die stabilste Schulform. Es werde von über 40 Prozent der Grundschüler angewählt. „Darin liegt ja gerade die Konsens-Idee, um die sich die GEW mit Landeselternrat, anderen Bildungsverbänden und den Oppositionsparteien sowie den Spitzenorganisationen der Schulträger bemüht: Die Schulformen Gymnasium und IGS müssen respektiert werden“, erklärt Eberhard Brandt. Die Hysterie des Philologenverbandes entbehre jeder Grundlage.

Die GEW halte das sogenannte Oberschulmodell nicht für zukunftsfähig. Unter dem Etikett „Oberschule“ würden zwei altbekannte Schulformen vorgestellt: die kooperative Haupt- und Realschule und die kooperative Gesamtschule. Deren Regelungen fielen, so Brandt, unter pädagogischen Aspekten qualitativ hinter die Bestimmungen zurück, die bis 2003 galten. Da sei nichts der Zukunft voraus, wie Kultusminister Althusmann zu suggerieren versuche. Vor 2003 hätten Haupt- und Realschulen in allen Fächern gemeinsamen Unterricht anbieten und Kooperative Gesamtschulen nach dem Tarmstedter Modell die Schullaufbahn bis zur 10. Klasse offenhalten können, weil alle Bildungsgänge von der 5. bis zur 10. Klasse konzipiert waren. Unter den heutigen Bedingungen sei gemeinsamer Unterricht nur in Randbereichen umsetzbar. In der letzten Beratung des Landesschulbeirates hätten die Vertreter der Schulträger erklärt, die Konditionen für kooperative Haupt- und Realschulen und kooperative Gesamtschulen seien unattraktiv und böten den Schulträgern nicht das, was Integrierte Gesamtschulen ermöglichten.

Verantwortlich: Richard Lauenstein

*Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft * Landesverband Niedersachsen*
Berliner Allee 16 * 30175 Hannover * Tel. 0511/33804-0 * Fax 0511/33804-46 * e-mail: eMail@GEW-Nds.de * Internet: www.GEW-Nds.de